

Newsletter der CDU-Ratsfraktion Bonn

Schulausschuss



Martin Berg
Stadtverordneter, Mitglied im Fraktionsvorstand,
Obmann und Sprecher im Schulausschuss
Adresse: Sigmund-Freud-Str. 18, 53127 Bonn
Kontakt: martin.berg@helmholtz-bonn.de

- 1. Doppelhaushalt 2011/2012**
- 2. Sommerferien – Schulsanierung im großen Stil**
- 3. Mehr OGS-Plätze für Bonn / Schullandheime sichern**
- 4. Alle Kinder weiterbilden**
- 5. Anmeldezahlen für neues Schuljahr / Bonn guter Schulstandort**
- 6. Sekundarschule kommt landesweit**



1. Doppelhaushalt 2011/2012

Der Bonner Stadtrat hat in seiner Sitzung am 14. Juli 2011 mit den Stimmen von CDU, Grünen und OB (SPD) den Doppelhaushalt 2011 / 2012 mit der Finanzplanung bis 2015 verabschiedet. Wir haben uns trotz eines dringend notwendigen Sparkurses

in den Bereichen Schule und Bildung klare Ziele gesetzt:

Bonn soll bei der Betreuungsquote für Kinder unter 3 Jahren, für sein dichtes Netz von Kindertagesstätten und den Ausbau der Offenen Ganztagschulen weiterhin beispielgebend bleiben. In diesen Bereichen werden wir trotz des immensen Sparzwanges auch in Zukunft nicht nachlassen. Das gilt natürlich auch für das große Projekt der Schulsanierung.

2. Sommerferien - Schulsanierung in großem Stil

In den bald endenden sechswöchigen Sommerferien kamen die Bonner Schulen nicht zur Ruhe. In den Ferien wurden an zahlreichen Bonner Schulen Projekte für über 7 Millionen Euro in Renovierungen und

Erneuerungen umgesetzt. Insgesamt investiert die Stadt in ihre Gebäudesanierung über 10 Millionen Euro – den Löwenanteil erhalten dabei städtische Schulen und Kitas. Eines der größten Einzelprojekte ist die Schadstoffbeseitigung im Heinrich-Hertz-Berufskolleg in Höhe von 1 Millionen Euro.



Wir wollen in vielen Schulen die unterrichtsfreie Zeit nutzen, um arbeitsintensive Maßnahmen umzusetzen. Viele Projekte werden länger andauern, speziell die Schulferien müssen dabei verstärkt genutzt werden. Gerade in diesem Jahr

profitiert die Bundesstadt mit ihrer vielfältigen Schullandschaft vom Konjunkturpaket II der Bundesregierung.

3. Mehr OGS-Plätze für Bonn / Schullandheime sichern

Bonn bekommt 2011 und 2012 jeweils 200 neue Offene Ganztags-Schulplätze. Schwarz-Grün hat bereits im Februar die Verwaltung beauftragt, fristgerecht beim Land die Anträge für 200 weitere OGS-Plätze in Bonn zu stellen. Nunmehr werden insgesamt 6.200 Plätze in der Bundesstadt angeboten. Damit kommt die Koalition dem großen Wunsch vieler Bonner Eltern nach, mehr Ganztagsangebote im Raum Bonn anzubieten.

Zu einer modernen Stadt gehört es, dass berufstätige Eltern wohnortnah ihre Kinder ganztägig betreut wissen. Wir haben den Landeszuschuss für die OGS, der jetzt fließt, eins zu eins an die OGSen weitergereicht. So steht den OGSen jetzt faktisch pro Kind und Jahr ein Mehrbetrag von 115 Euro zur Verfügung, mit dem Engpässe ausgeglichen und Tarifkostensteigerungen aufgefangen werden können.

Schullandheime sind eine traditionsreiche Bereicherung außerhalb des Schulunterrichts, die bereits zahllose Bonner Schülerinnen und Schüler über Generationen erfahren konnten. Gerade diese Erfahrungen, die Gruppenerlebnisse und der Kontakt zur Natur sind wichtige Bestandteile der Schullandheime. Der Oberbürgermeister wollte die Zuschüsse in Höhe von 50.000 € jährlich für zwei Schullandheime kürzen. Wir haben die finanziellen Mittel aufrecht erhalten. Dadurch kann die positive Arbeit der Schullandheime für alle Schülerinnen und Schüler fortgeführt werden.

4. Alle Kinder weiterbilden



In einem Dringlichkeitsantrag haben CDU und Grüne auf die Probleme von Flüchtlingen am Friedrich-List-Berufskolleg schnell reagiert. Das Berufskolleg verlangte von Schülern mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit einen langjährigen Aufenthaltstitel – doch das ist eine seit sechs Jahren beendete Praxis. Die Ratskoalition hat daher die Verwaltung beauftragt, alle Bonner Schulen darauf hinzuweisen, dass auch für Flüchtlingskinder und Kinder ohne Papiere eine Schulpflicht besteht. Hier steht für die CDU nicht

der Flüchtling, sondern das Kind im Vordergrund! Auch bei laufenden Verfahren darf kein Kind benachteiligt sein.

Bildung bleibt die beste Integration. Um diese zu verbessern, haben wir gemeinsam mit den Grünen im Mai eine detaillierte Erhebung der Zuwanderungsgeschichte von Bonner Schülerinnen und Schülern von der Verwaltung gefordert. Laut bisheriger Statistik sind 4.491 Schülerinnen und Schüler an Bonner Schulen mit nichtdeutschem Pass, mit Zuwanderungsgeschichte aber 12.243 Schülerinnen und Schüler gemeldet. Dabei berücksichtigt diese letzte Erhebung von 2010/11 nicht einmal die Schulformen Freie Waldorfschule, Weiterbildungskolleg, Berufskolleg und Förderschule Berufskolleg. Die Aufgaben für die Zukunft in einer internationalen Stadt wie Bonn sind also viel größer als bislang angenommen.

5. Anmeldezahlen für neues Schuljahr / Bonn guter Schulstandort

Auf Anfrage der schwarz-grünen Ratskoalition konnte die Verwaltung insgesamt gesunde Anmeldezahlen bei den weiterführenden Schulen für das kommende Schuljahr 2011/2012 vermelden. Den meisten Schülerinnen und Schülern in Bonn konnte ihr Wunsch Gymnasium oder Ihre Wunsch Realschule erfüllt werden. Lediglich 46 Eltern erhielten eine negative Antwort für die Erstwunschschule – dem standen 50 leere Plätze an anderen Bonner Gymnasien gegenüber, sodass 42 von ihnen schnell wohnortnah verteilt wurden. An den Realschulen konnten alle Wünsche umgesetzt werden. Für die Ratsfraktion bedeutet der Bericht, dass Bonn über eine funktionierende Schullandschaft verfügt.

Ein Grund für die Anfrage der Koalition war, die Abschaffung der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung. Doch aufgrund der ausreichenden Plätze in der Bonner Schullandschaft konnten diesbezüglich keine signifikanten Auswirkungen erkennbar werden. Wichtig ist: Wir konnten und können auch zukünftig fast allen Kindern und Eltern ein passendes wohnortnahes Schulangebot bieten.

6. Sekundarschule kommt landesweit

Mit der Entscheidung vom 19. Juli haben die Landesvertreter von CDU, SPD und den Grünen in NRW einen Schulfrieden gefunden, der eine deutlich christdemokratische Handschrift beinhaltet. Zum ersten Mal hat die Minderheitsregierung in Düsseldorf eine gute Entscheidung für NRW gefunden und den Schulstreit, der über Jahrzehnte auf dem Rücken von Schülern, Lehrern und Eltern ausgetragen wurde, beendet. Damit wurde eine deutlich, Fundamentalopposition ist nicht das Ziel der Union. In wichtigen Punkten kann zusammen mit der CDU gearbeitet werden. Wichtig bei der Entscheidung ist der besprochene Zeitraum über die Legislaturperiode hinaus bis ins Jahr 2023.



Dies gibt uns in Bonn ausreichend Zeit, sich mittel- bis langfristig auf die Veränderungen durch den demografischen Wandel einzustellen. Mit der Sekundarschule werden auch Ideen der Bonner CDU-Fraktion auf Landesebene übernommen, die bereits bei der Umwandlung der Theodor-Litt-Sekundarschule im Schuljahr 2008/09 umgesetzt wurden. Wenn der Wunsch der Eltern für weitere Sekundarschulen vorhanden ist und die Anmeldezahlen erreicht werden, tritt die schwarz-grüne Ratskoalition für die Realisierung von weiteren Sekundarschulen ein.

**Bei Fragen und Anregungen stehe ich Ihnen jederzeit zur Verfügung!
Senden Sie eine Mail an:
martin.berg@helmholtz.-bonn.de**

Ihr Martin Berg
Obmann und Sprecher im Schulausschuss